

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/45. Jahrgang

Januar 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Massenentlassungen bei Bosch/Lollar geplant

Die Bosch-Thermotechnik Lollar (Buderus) hat passend zum Weihnachtsfest ihren Beschäftigten angekündigt, daß von den z. Zt. über 800 Beschäftigten in der Fertigung 300 entlassen werden sollen. Großzügig hat die Geschäftsleitung in einer Betriebsversammlung im Dezember angeboten, wenn die Beschäftigten mit 30% Lohnverzicht dabei sind, könne man die 300 Entlassungen verhindern.

Seit Jahren schwarze Zahlen schreibend scheinen in Lollar die entsprechenden Investitionen nicht gemacht worden zu sein, um konkurrenzfähig zu bleiben. Es gibt wohl selbst auf dem eigenen Werksgelände laut Aussa-

gen von Beschäftigten keine Ausstellungen der eigenen Produkte; nicht



mal in die Produktion des eigenen Stromes mit Hilfe eigener Produkte hat Bosch investiert. Dies und eini-

ges mehr läßt den Verdacht aufkommen, dass das Werk Lollar in seiner

Existenz in Frage gestellt ist. Schon laufen Gerüchte, das Kernstück, die Gießerei, solle ausgegliedert werden, und viele Beschäftigte zweifeln am ernsthaften Willen des Konzerns, Bosch-Thermotechnik zu erhalten. Jedenfalls sind in Lollar und Umgebung die Gespräche in vielen Familien zum Jahreswechsel von der Angst und der Sorge um den Arbeitsplatz bei „Buderus“ geprägt. Eines sollten sich die „Buderusse“ aber merken, Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplät-

ze und keine Standorte. Ihre ehemaligen Kollegen aus dem Werk Bosch-Thermotechnik in Neukirchen in Sachsen haben diese Erfahrung bereits machen müssen. Und auch in Lollar erinnert man an die Absprachen von vor fast 10 Jahren als ebenfalls 200 Kündigungen angedroht wurden und man einer Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden zustimmte. Die genannten 200 Arbeitsplätze wurden in den folgenden Jahren trotzdem gestrichen. H.R.



Inhalt:

Hessen-Koalition/Zivilklausel JLU	S.2
Armes Gießen/sonntags einkaufen	S.3
Uniklinik/Mindestlohn/Leiharbeit	S.4
Tarifrunde Handel/RMV erhöht Preise	S.5
Chodorkowsky/Gentechnik	S.6
Prozeß Dennis Stephan/Leserbriefe	S.7
Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



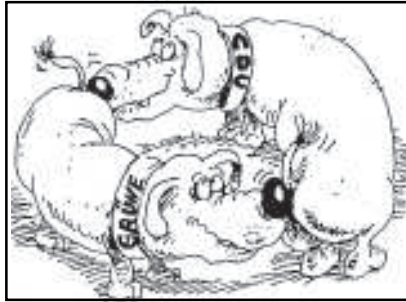
Die hessischen Landesregierungen: Austauschbar

Die schwarz-grüne Koalition in Hessen hat wieder einmal deutlich gemacht, dass die Rollen der bürgerlichen Parteien untereinander austauschbar und alle Regierungskonstellationen möglich sind, solange die Interessen des Kapitals gewahrt bleiben, erklärte Michael Beltz, Vorsitzender der DKP Hessen.

Die geplante Einsparung von einer Milliarde Euro in dieser Legislaturperiode werde wieder auf Kosten der arbeitenden Menschen vollzogen: vor allem durch massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst und bei der Beamtenbesoldung. Über den bisherigen Stellenabbau hinaus sollen jährlich 350 Arbeitsplätze gestrichen werden. Hessen wird als einziges Bundesland weiter nicht der Tarifgemeinschaft der Länder angehören. Dass im Wahlprogramm der Grünen noch zu lesen war: „wir werden zu einem fairen Umgang mit den Beschäftigten des Landes zurückkehren,“ schert sie genauso wenig wie ihr Einknicken

beim Fluglärm, über den im Programm keine verbindliche Aussagen gemacht werden.

Ebenso wenig wird über die Zukunft der Uni-Kliniken Gießen/Marburg ausgesagt, wo Beschäftigte und Patienten unter den Folgen der Privatisierung zu leiden haben. Es ist zu erwarten, dass bei den freiwilligen Leistungen, bei den Hochschulen, im Sozialbereich, bei der Polizei und allen



Landesbediensteten gnadenlos gekürzt wird.

Wer sich nach dieser Landtagswahl einen Politikwechsel erhofft haben mag, sieht sich wieder einmal ge-

täuscht. Mit der Keule „Schuldenbremse“ wird auf allen Ebenen die Austeritätspolitik vorangetrieben – sei es von CDU/SPD in Berlin oder von CDU/Grün in Wiesbaden oder auf kommunaler Ebene. Angesichts der dramatischen Verschuldung der Städte ist es eine Verhöhnung, wenn hier von „verlässlichen Rahmenbedingun-

gen für Finanzen“ die Rede ist, um „die Gestaltungsmöglichkeiten von Kreisen, Städten und Kommunen zu erhalten“. Michael Beltz erinnerte an die Hessische Verfassung, in der festgeschrieben ist: „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern...“ (Verfassung des Landes Hessen, Artikel 137/5).

Weder die Bundesregierungen – gleich unter welcher Kanzlerschaft – noch die Landesregierungen – gleich unter welchem Ministerpräsidenten – haben dieses demokratische Postulat jemals ernst genommen. Ihr Handeln ist einzig ausgerichtet an den Interessen der Banken, Großkonzerne und Superreichen. Gerade die zeitgleich ausgehandelten Koalitionen in Berlin und Wiesbaden offenbaren dies in aller Deutlichkeit – und bestätigen, was Karl Marx schrieb: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“

Keine Zivilklausel an der Gießener Uni

An der Gießener Hochschule haben sich einige Mitglieder des Studentenparlaments zusammengeschlossen, um eine Zivilklausel für die JLU Gießen durchzusetzen und damit eine Selbstverpflichtung der Universität zur Ablehnung jeglicher Kooperation mit Bundeswehr, Kriegsministerium und Rüstungsindustrie. Leider wurde der Antrag im Studentenparlament für eine Urabstimmung im Dezember knapp mit 14 zu 13 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Der AK Zivil-

klausel geht nach dem Abstimmungsergebnis davon aus, daß ein Teil der Gegenstimmen von den Jusos kam, obwohl diese bisher die Zivilklausel unterstützten.

Nach der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 und etwas aktueller, dem Angriffskrieg 1999 gegen Jugoslawien, wäre ein anderes Ergebnis eher erstaunlich. Zumal die SPD mit breiter Zustimmung ihrer Mitglieder diese Politik in der Großen Koalition jetzt weiterführen wird.

Millionen Euro gingen in den letzten Jahren zur Erforschung neuer Wehrtechniken an die Universitäten, nicht nur in Deutschland; auch das US-Pentagon läßt an deutschen Hochschulen für die amerikanische Rüstungsindustrie forschen.

Da die Zivilklausel allerdings nur als Selbstverpflichtung existiert und keine Sanktionen vorsieht, sind Universitäten mit Zivilklausel auch nicht vor militärischer Forschung geschützt und es kommt zu regelmäßigen Verstößen. Es fehlt eine gesetzliche Verankerung der Zivilklausel, die allerdings den Plänen des deutschen Imperialismus widersprechen würde.

Der AK Zivilklausel geht von 70 % Befürwortung der Studierenden in einer Urabstimmung aus. Auch wenn die Schaffung einer Zivilklausel in Gießen nicht viel mehr als eine Willensbekundung der Studierenden dargestellt hätte, wäre es doch ein Schritt in die richtige Richtung.

Sabine Albrecht

Die perfekte Kriegsministerin

denn:

Ursula, die Supermutter, sorgt auch für Kanonenfutter





Scharfkantiger NATO-Draht soll das Gelände der LaGa schützen, nachdem die Umzäunung immer wieder beiseite geschoben oder umgeworfen worden war. So viel Vandalismus wie in Gießen habe er noch nie erlebt, meint Geschäftsführer Wierzbitzki, der schon einige LaGas ausgerichtet hat. So viel Umweltfrevl und sinnlose Geldverschwendung – gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung - wie in Gießen hat es aber vielleicht auch noch nicht gegeben.

Armes Gießen

Gegen die maßlose Erhöhung der Grundsteuer B von 380 auf 600 Punkte werden die ersten Klagen vorbereitet.

Damit kassiert die Stadt ab 2014 jährlich 6,5 Millionen Euro mehr von Haus-/Wohnungsbesitzern und Mietern, um im Rahmen des Schuttschirms den Schuldenberg abzutragen – was dennoch nicht gelingt. Aber nicht nur hier wird abgezockt, und keine Maßnahme ist zu popelig. Eine unvollständige Aufzählung: Einführung der Zweitwohnsitzsteuer, Erhöhung der Kita-Gebühren und Verkehrstarife sowie, ja man scheute sich nicht, der Kopiergebühren und als Sahnehäubchen möchte die OB die seit Jahrzehnten den städtischen Beschäftigten gewährten freien Nachmittage an Fastnacht und am Geburtstag streichen.

Bereits im vergangenen Jahr wurden die Friedhofsgebühren, die Hundesteuer sowie die Straßenreinigungsggebühren erhöht.

Armes Gießen – nicht nur an Geld, sondern auch an Anstand und sozialer Verantwortung arm. Denn auch die Gießener Politiker von SPD/Grün/CDU/FDP (auch wenn letztere jüngst aus dem Bundestag geflogen sind) sind Mitglieder jener Parteien, die in Berlin konsequent dafür sorgten und sorgen, daß die Armen ärmer und die Reichen reicher werden - und die Kriege zahlreicher. Michael Beltz



Hans-Peter Brenner, stellvertretender Parteivorsitzender der DKP, referierte im Dezember auf einer Veranstaltung der DKP im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle zur EU-Wahl. In der anschließenden Diskussion wurde die Politik der EU, die zu Massenarbeitslosigkeit und Elend in den südeuropäischen Länder führte, während die Konzerne der BRD Extra-Profitte scheffeln, scharf kritisiert. Die DKP tritt mit der Losung an: Nein zu einer EU der Banken und Konzerne! Ja zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU! Einer Reformierbarkeit der EU hin zu mehr Demokratie und Abrüstung wurde keine Chance eingeräumt und an die Feststellung Lenins erinnert, Vereinigte Staaten von Europa seien entweder unmöglich oder reaktionär. Rechts im Bild: Henning Mächerle, Mitglied des DKP-Kreisvorstands und ebenfalls Kandidat zur EU-Wahl.



Mit der Bimmelbahn sonntags einkaufen...

Jetzt ist klar, warum unbedingt eine Bimmelbahn während der Landesgartenschau von der Wieseckau in die Innenstadt fahren muss: Die Stadt will 2014 mindestens acht (!) verkaufsoffene Sonntage durchführen! Bisher gab es in Gießen vier verkaufsoffene Sonntage. Nun sollen noch vier weitere dazukommen. Mit der Bimmelbahn kann dann an den zusätzlichen geplanten verkaufsoffenen Sonntagen von der Wieseckau in die Innenstadt gefahren werden, um bequem einzukaufen.

Widerstand regt sich jetzt bei Betriebsräten, den Beschäftigten und ihrer zuständigen Gewerkschaft verdi. - Verdi hat mittlerweile einen Rechtsanwalt beauftragt, gerichtlich gegen die verkaufsoffenen Sonntage vorzugehen, da z. B. am 5. Januar (Neujahrsshopping) und 2. November (Liebigs Suppenfest) kein traditionelles Marktgeschehen stattfindet. Auch Frühlingserwachen und der Krämermarkt (fast ohne Krämerartikel!) haben keine Tradition in Gießen. Sie wurden vom Gießener Handel und Schaustellern erfunden, indem man hier und da ein Karussell und ein paar

Wurstbuden aufstellte... Und die Chancen stehen nicht schlecht, da es mittlerweile höchstrichterliche Urteile gibt. Tenor: der Sonntag ist als Tag der Arbeitsruhe zu schützen!

Weiterhin ist geplant, eine Allianz für den freien Sonntag direkt vor Ort in Gießen zu gründen; bundesweit und für Hessen besteht schon ein solcher Zusammenschluss. Ihr gehören die evangelische und die katholische Kirche, Sportverbände sowie die Gewerkschaft verdi und der DGB an. Ziel der Allianz ist es, gegen die verkaufsoffenen Sonntage vorzugehen, dies notfalls auch gerichtlich. Weiterhin will sie aber auch Wege raus aus der Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft aufzeigen und hat dem Konsumismus den Kampf angesagt.

Noch besser wäre es allerdings, wenn mehr Betriebsräte von ihrem Recht, die Zustimmung zu verweigern, Gebrauch machen würden und so die Beschäftigten des Einzelhandels erst gar nicht an den stressigen Sonntagen in die Läden müssten. Durch den Schutz des Grundgesetzes kann niemand gezwungen werden, zusätzlich sonntags zu arbeiten. Helmut Appel

Uni-Klinikum bleibt Spekulationsobjekt

Viele Beschäftigte des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) und Gegner einer profitorientierten Krankenversorgung hatten Erwartungen in die Landtagswahl in Hessen gesetzt. Eine andere Mehrheit in Wiesbaden hätte die Situation am Klinikum ändern können. Nach den Koalitionsverhandlungen ist klar: Alles bleibt so wie es ist. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und den Grünen spielt das privatisierte UKGM keine Rolle, es bleibt ein Profit- und Spekulationsobjekt. Die Landesregierung, die eigentlich für die Krankenversorgung im Lande verantwortlich ist, hat weiterhin so gut wie keinen Einfluß auf die Geschäfte der Rhön-Kliniken AG, an die die Kliniken vor 8 Jahren verscherbelt wurden. Ein Vertrag zur besseren Zusammenarbeit, der Anfang 2013 mit großem Trara abgeschlossen wurde, blieb wirkungslos. An der Personalsituation hat sich nichts verbessert, die Partikeltherapie in Marburg steht weiterhin leer. Zum Geschäftsabschluß 2013 hat die

Rhön AG einen Verlust von 5 Millionen Euro ausgewiesen – eine glatte Lüge, denn mindestens 10 Millionen Euro fließen als Zinsen und Tilgung für Investitionen in ihre Kasse. Inzwischen hat die Rhön AG und ihre Großaktionäre Fresenius (Medizinartikel und Kliniken), B. Braun AG (Medizinprodukte) und Asklepios (Klinikbetreiber) einen Deal abgeschlossen. Fresenius darf den größten Teil der Rhön-Kliniken kaufen, Braun liefert seine Medizinprodukte und Asklepios wird in ein „Netzwerk Medizin“ integriert und darf mitkassieren. Bezahlt werden das die Beschäftigten mit erhöhtem Arbeitsdruck und weiter Ausgliederungen und die Patienten mit schlechterer Pflege und Versorgung. Der Privatisierungsgrad im Gesundheitswesen ist in der BRD inzwischen höher als in den USA, genauso wie dort steigen deswegen die Kosten. Der Kampf um die Rückführung der Kliniken in öffentliches Eigentum bleibt auf der Tagesordnung. Gernot Linhart



Leiharbeit und kein Ende...

Am 10.12.2013 bewies das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt eindrucksvoll, wie politisch motivierte Klassenjustiz in der BRD aussieht, als die Richter der Frage nachgingen, ob es eine zeitliche Begrenzung für den Einsatz von Leiharbeitern in einem Betrieb geben soll. Die Richter entschieden (Aktenzeichen: 9AZR 51/13), dass es keinerlei zeitliche Beschränkung für Leiharbeiter in einem Betrieb geben soll und weigerten sich damit einen rechtlichen Zeitrahmen für den Dauereinsatz zu definieren. Das Skandalurteil dürfte bei den Kapitalisten und allen voran bei den vielfach halbseidenen Verleihfirmen die Sektkorken knallen lassen haben.

Das pervertierte System Leiharbeit, das im Grunde genommen moralisch nichts anderes als Zuhälterei ist, da dritte an der Arbeitskraft eines einzelnen mitverdienen, ist seit gut 10 Jahren dank Agenda 2010 usw. gängige Praxis im Ausbeutungsmoloch BRD. Im Zusammenhang mit dem von der SPD im Wahlkampf geforderten und de facto nicht zustande kommenden Mindestlohn von 8,50 Euro lässt sich feststellen, dass ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn die Leiharbeit zumindest ausdünnen würde, da viele Leiharbeiter einen Stundenlohn von aktuell 8,19 Euro haben und sich gerade Betriebe ohne Tarifbindung weigern, einen Branchenschlag zu zahlen. Wie man Belegschaften spaltet, diszipliniert und damit verbunden den Mehrwert der Arbeitskraft auf die Spitze treibt, zeigt das Beispiel des Automobilzulieferers Emhart-Tucker in Gießen. Hier herrscht unter den Arbeitern gar eine 3-Klassengesellschaft: Stammebelegschaft, Befristete und Leiharbeiter. Traurig aber wahr! Mirko Dusterdieck

8,50 Euro Mindestlohn ist ein Hohn Pressemitteilung der Montagsdemonstranten

Der in den Koalitionsvereinbarungen vereinbarte Mindestlohn von 8,50 € ist vollkommen unzureichend. Er liegt unter dem Existenzminimum und zementiert die Armut, erklärte Teimour Khosravi, Gießener Sprecher des Aktionsbündnisses Sozialproteste. Bei einer 38,5 Stundenwoche würde der Lohn 1.040 € netto betragen und erfordere immer noch eine Aufstockung nach Hartz IV, dessen Regelsatz völlig unzureichend ist und - nicht nur - Mangelernährung beinhaltet. Zudem soll diese Regelung erst 2017 in Kraft treten, zu einem Zeitpunkt, wo durch Inflation weitere Einbußen (schon heute bittere Realität) programmiert sind. Die Gießener Montagsdemonstranten fordern einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 10 €. Jeder Betrag darunter ist ein Geschenk an die Unternehmen, indem die Lohnkosten – durch das notwendige Aufstocken - teilweise aus Steuermitteln übernommen werden.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde beträgt gegenwärtig real gut 41€. Das ist der Betrag, den die abhängig Beschäftigten erarbeiten und der von den Unter-

nehmern – abzüglich der Löhne – als Profit kassiert wird. Die Gießener Montagsdemonstranten fordern darüber hinaus die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze, eine ausreichende Sozialhilfe für alle, die nicht arbeiten können, die Wiedereinführung der früheren Leistungen der Arbeitslosenversicherung mit paritätisch gezahlten Beiträgen sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Während sich ein Teil der Arbeitenden zu Billiglöhnen über 40 Stunden pro Woche krank schuften muss, sind auf der anderen Seite auch immer mehr Erwerbslose vollständig von der Gesellschaft isoliert. Wir fordern die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie Veränderungen in der Steuerpolitik. Für Kriege werden Milliarden zum Fenster hinaus geworfen, für die Regelsatzerhöhung soll aber kein Geld da sein. Neue Kriege mit der Beteiligung der Bundeswehr zur Sicherung der Handels- und Rohstoffinteressen sind fest eingeplant. Im Koalitionsvertrag steht: „Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen Konzept.“

Tarifrunde Einzelhandel nach 8 Monaten beendet Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt!

Eine kämpferische Tarifrunde mit tausenden von Neueintritten in verdi ist Mitte Dezember 2013 durch einen Tarifabschluss zu Ende gegangen. So konnten die Einzelhändler es gerade noch verhindern, dass im Weihnachtsgeschäft massive Streiks stattfinden.

Der erste Tarifabschluss in Baden-Württemberg konnte auch in Hessen sowie in fast allen anderen Tarifbezirken übernommen werden.

Dem Abschluss vorausgegangen waren bundesweite Arbeitskämpfmaß-

nahmen wie Warnstreiks und Streiks. Und es wurden neue Streikmethoden angewendet, um den Einsatz von Leiharbeitern und Streikbrechern zu verhindern.

Leider musste aber die von verdi nicht gewollte neue Tarifgruppe für Auffüller geschluckt werden. Angeblich wollen mit dieser neuen tariflichen Eingruppierung die Arbeitgeber die in der Vergangenheit ausgegliederten Auffüller in den Tarifvertrag des Einzelhandels zurückholen. Ob dies so geschieht?



Zum Ergebnis:

Der von den Unternehmern gekündigte Manteltarifvertrag wurde ohne Abstriche zum 1. Mai 2013 rückwirkend wieder in Kraft gesetzt.

3,0 % mehr ab dem 1. Juli 2013
2,1 % mehr ab dem 1. April 2014
Auszubildende bekommen zwischen 7,2% und 8,4% mehr!

Die wichtigste Erkenntnis der Tarifrunde ist aber: Auch die Beschäftigten des Einzelhandels sind bereit, für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen und auf die Straße zu gehen. Bundesweit waren dies über einhunderttausend!

Helmut Appel



RMV erhöht wieder die Preise

Pünktlich zum neuen Fahrplanwechsel am 15.12.2013 erhöhte der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) die Preise um durchschnittlich 2,44%. Das bedeutet, dass die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr höher steigen, als die aktuelle Inflation. Die beträgt zurzeit 1,46%. Der Geschäftsführer des RMV Knut Ringat begründet die Fahrpreis-Erhöhung mit gestiegenen Energie- und Personalkosten. Das ist allerdings eine glatte Lüge, da die öffentlichen und privaten Verkehrsbetriebe noch nicht von der EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) Umlage betroffen sind - auch wenn die Politik dieses ändern will.

Bereits im Dezember 2012 wurden die Fahrpreise um durchschnittlich 3,9% erhöht. Im gleichen Zeitraum sind weder Löhne (auch nicht in der Verkehrsbranche) geschweige denn

Renten proportional gestiegen. Mobilität und gerade Mobilität im Nahverkehr gehört fundamental zur gesellschaftlichen Teilhabe dazu! Die Gründe für die RMV Fahrpreiserhöhung sind in Wirklichkeit ganz andere.

Die hessische Landesregierung bezuschusste im Gegensatz zu anderen Bundesländern den laufenden Betrieb mit keinem Cent. Ob sich das zukünftig unter der neuen Schwarz-Grünen Koalition ändern wird, darf stark bezweifelt werden.

Gießen kommt eine Sonderrolle zu: Für den Stadtverkehr Gießen erhöht sich der Fahrpreis um 17% von 1,80 Euro auf 2,10 Euro. Begründet wird diese exorbitante Erhöhung mit dem guten Angebot in und um Gießen. Es wird Zeit, gegen diese unverschämte Abzocke endlich vorzugehen!
Mirko Düsterdieck



news.dkp.de / dkp-giessen.de



Chodorkowskys Befreier

Gute Vorsätze zum neuen Jahr sind so eine Sache. Der englische Dichter Oscar Wilde sagt, diese seien wie Schecks, die wir auf eine Bank ausstellen, bei der wir gar kein Konto haben. Dennoch habe ich mir fest vorgenommen, zukünftig Äußerungen unserer Medien noch kritischer zu sehen als bisher. Es geht ja nicht nur darum, dass es da Falschmeldungen gibt, sondern es ist entscheidend dafür, was sich in unseren Köpfen festsetzt, was die Medien bringen und was nicht, und wie ausführlich trommeln sie auf uns mit einem Thema ein; sodann: was tauchen sie in ein sympathisches Licht und was

werten sie schon in der Berichterstattung ab.

Die westliche Welt baut ihre Helden auf: Chodorkowsky, Timoschenko, Klitschko. Keiner weiß zwar so recht, was sie für die Menschen geleistet haben, welches politische Programm sie überhaupt vertreten, außer dass sie westlichen Wünschen geneigt sind (man betrachte es auf der Landkarte, wie die Umzingelung Russlands im Westen und Süden mit der Ukraine abgeschlossen wäre) und ihre persönlichen Konten sind gut gefüllt. Hin und wieder deutet mal einer unserer Journalisten an, dass ihm bei diesen Helden



Redaktionsschluß für das Febr.-Echo: Mi., 22.01.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, Sparkasse Gießen, Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

Adresse:

.....

e-mail:

westlicher Freiheit nicht ganz wohl ist, aber das geht in der Masse der Lobhudeleien schnell unter. So wie unser Bundespräsident, dessen Opposition zu DDR-Zeiten nicht auffiel, zum Widerstandskämpfer wurde, bekommt Chodorkowsky die Berufsbezeichnung „Kremlkritiker“, offensichtlich ein einträgliches Gewerbe. Mir geht es gar nicht darum, ob

uz unsere zeit
sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP

**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen

sein Strafverfahren rechtlich in Ordnung war. Das kann ich so wenig beurteilen wie Wirtschaftsverfahren in den USA oder Deutschland. Auf jeden Fall verstand er es, sich als Freund Jelzins beim Zusammenbruch der Sowjetunion Milliarden unter den Nagel zu reißen, Und jetzt kommt er wie eine Operettendiva im Berliner „Mauer-Museum“ zur dicht gedrängten Pressekonferenz die Treppe herunter geschritten und bedankt sich bei Genscher und Dr. Angela Merkel und einigen mehr, die sich alle für seine Freilassung stark gemacht haben. Er wohnt in der Berliner Luxusherberge „Adlon“ und hat auf schweizerischen Konten 200 Millionen Euro - es können auch viel mehr sein. Genscher ist für seinen Menschenrechtseinsatz nun bereits für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Wo ist eigentlich Frau Merkels Einsatz für Familien, denen mangels Zahlungskraft der Strom abgestellt wird? Wo war der Einsatz unserer demokratischen Politiker, als Vietnam in die Steinzeit zurückgebombt wurde? Wo ist der Aufschrei gegen Hunger, Krieg und Folter in aller Welt? Ich meine nicht die zu nichts verpflichtenden Weihnachtsreden sondern den unermüdlichen Einsatz bis zum Erfolg. Eben wie in Sachen Chodorkowsky.

Klaus Mewes

Gentechnik: Monsanto-Bock als Gärtner

Im vergangenen Jahr erregte eine Veröffentlichung in der Fachzeitschrift „Food and Chemical Toxicology“ Aufmerksamkeit. In einer Studie wurde nachgewiesen, daß mit Genmais gefütterte Ratten häufiger an Krebs erkrankten als Kontrollgruppen ohne genverändertes Futter. Jetzt zog die Redaktion diesen Artikel zurück, angeblich waren die untersuchten Gruppen mit je 10 Tieren zu klein. Allerdings sind bei Versuchen zur Zulassung genveränderter Pflanzen auch nur 10 Tiere pro Gruppe vorgeschrieben. Interessante Hintergrundinformation: vor kurzem wurde der zuständige Redakteur ausgewechselt, der neue ist ein früherer Monsanto-Manager. Der Agrarkonzern Monsanto ist bekanntlich der weltweit größte Anbieter genmanipulierten Saatgutes.

Gernot Linhart

Offene Fragen im Prozeß gegen D. Stephan

Die Ungereimtheiten im Prozeß gegen Dennis Stephan wegen „versuchter schwerer Brandstiftung“ vor dem Gießener Landgericht werden zunehmend bizarrer.

Weder konnte das „Delikt“ (die Feuerwehrbezeugte nur einen Entstehungs-/Schwelbrand) noch die Anwesenheit des Angeklagten während der „Tat“ nachgewiesen werden. Dagegen verdichten sich Hinweise darauf, daß das ganze Konstrukt lediglich dazu dient, von einem anderen – viel schwerer wiegendem – Delikt der schweren Körperverletzung abzulenken.

Dennis Stephan wurde Wochen vor dem „Brand“ von einem Auto überfahren und kam schwer verletzt auf die Intensivstation.

Der Fahrer des Wagens, Dieter Howe, ehemaliger Bürgermeister von Fernwald auch unter dem Namen „Fürst Bismarck“ bekannt, blieb bis heute unbehelligt. Das hofft er auch zu bleiben, wenn es gelingen sollte, Dennis Stephan zu psychiatrisieren.

Dabei scheinen die Behörden Hand in Hand zu arbeiten: angefangen von der

Tatsache, daß weder der Unfall noch der „Brand“ im Polizeibericht erwähnt wurden, über die hanebüchenen Umstände, unter denen Dennis Stephan monatelang in Isolationshaft in der Forensik eingesperrt wurde, bis hin zur Prozeßführung. Anträge, die Richterinnen wegen Befangenheit abzulehnen, weil sie die Rechte des Angeklagten nicht ausreichend berücksichtigte (z.B. das ärztliche Gutachten zur Verhandlungsunfähigkeit anzweifelte und zusätzliche Verteidiger verweigerte), wurden abgelehnt. Der Prozeß wird am 14.1. fortgesetzt.

Inzwischen wurde bei der Staatsanwaltschaft Gießen Strafanzeige gegen die betroffenen Richter sowie den Staatsanwalt gestellt wegen Verfolgung Unschuldiger (§ 344 StGB) und Strafvereitelung im Amt (§ 258a StGB). Hätte der erste Gutachter nicht die Dummheit begangen, seine Lebensgefährtin zur Begutachtung mitzubringen, weswegen er abberufen und Dennis Stephan freigelassen werden mußte, wäre der Plan vermutlich aufgegangen. Erika Beltz

Die Tageszeitung
jungeWelt
drei Wochen
probelesen!
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50
Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.



Leserbriefe

Zur Diskussion um die ELP: Derzeit wirbt die Europäische Linkspartei (ELP) mit Anzeigen für eine Großveranstaltung im Januar in Berlin. Darauf ist eine Liste prominenter Mitmenschen aufgeführt sowie das Thema des Kongresses: *"Für Europa – Ohne Bankenmacht – Friede den Hütten"*. Die letzte Zwischenüberschrift geht zurück auf den Titel einer Flugschrift im »Hessischen Landboten«, mit dem im Juli 1834 Georg Büchner seine hessischen Landsleute zur Revolution aufrief. Der komplette Titel lautete damals allerdings *"Friede den Hütten! Krieg den Palästen!"*. Hier wir das ganze Elend der ELP plakativ deutlich, nämlich die Verweigerung und das Verschweigen der Erkenntnis, dass das Eine nicht ohne das Andere zu haben ist. Heinz-W. Hammer

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, sagte vor vielen Jahren einmal ein renommierter SPD-Vorsitzender namens August Bebel. Heute stimmt die SPD für die Ausweitung der Kriege. Ich nenne das Lug und Betrug am Wahlprogramm. Wer einmal lügt, dem glaubt

man nie! Wir haben nun den größten Rüstungsetat in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Weiteres soziales und ökologisches Ungemach droht.

Kerstin Lade

SPD und Grüne, die vor der Bundestagswahl alles Mögliche versprochen, aber selber die Armutsgesetze eingeführt haben, sind scheinheilig und unglaubwürdig. Über Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, die unter Armut, Diskriminierung und Überwachung vom Staat noch mehr leiden müssen, als die ohnehin schon gebeutelten Hartz IV-Empfänger, möchte ich dies ergänzen, da es ziemlich unbekannt ist: Bei Beziehern von Grundsicherung beträgt das „Schonvermögen“, was vom Staat unangetastet bleibt, 1600 bzw. 2600 Euro (je nach Alter u.a.). Als Vermögen werden sowohl Bargeld als auch wertvolle Möbel behandelt. - Die Armut ist also in jedem Falle programmiert. Wenn ein Antrag gestellt wird, wird rechnerisch der Hartz IV-Satz zugrunde gelegt. Das „Schonvermögen“ bei Hartz IV beläuft sich pro Lebensalter auf 150 Euro, mindestens aber auf 3100 Euro unabhängig vom Lebensalter Dazu

besteht ein Ansparvermögen in Höhe von 7500 Euro - anders als bei der Grundsicherung - ist hier ein PKW bis 7500 Euro geschützt. - Was für Hartz IV gilt, muss auch für die Grundsicherung gelten: Die niedrigen Sätze müssen gestrichen werden. Eine existenzsichernde Rente ist zu fordern, und es muss auch bei der Grundsicherung möglich sein zu sparen! Kurt Venohr

Die Kindersterblichkeit auf Cuba war noch nie so niedrig wie 2013. Das ist viel weniger als im Vorzeigeland des Kapitalismus, den USA. Es zeigt, wozu Sozialismus im Stande ist, selbst unter schwierigsten Bedingungen. Wie wäre es denn mit einer Blockade gegen die Yanques? Daslelys Merino Torres (Cuba)

Der Paritätische Gesamtverband hat seinen Armutsbericht veröffentlicht. Demnach verfügen in Deutschland 15,2% der Menschen über weniger als 60% des Durchschnittseinkommens und gelten damit als arm. Das ist ein Rekordhoch. (s. dpa 19.12.1913) Auch die Rüstungsausgaben erklimmen Rekordhöhen nie gekannten Ausmaßes! Falk Moldenhauer

'Ehre, wem Ehre gebührt'

Zu Ehren von **Heinrich Mootz (1868-1937)**, eines Wetzlarer antifaschistischen Widerstandskämpfers und stellvertretend für alle Widerstandskämpfer findet am **Dienstag, 04. Februar, Rosengasse 11, Wetzlar, um 18 Uhr** die Enthüllung einer Gedenktafel statt

Im Anschluss zeigt

Erich Schaffner

um **20 Uhr** im **FRANZIS** (Franziskanerstr. 4-6, Wetzlar)

Auszüge aus den Programmen:

„Satiren unterm Beil“ und „Verbrannte Dichter“

Am Klavier: Georg Klemp

Einleitenden Vortrag: Marianne Peter, Historikerin

Einlass ab 19 Uhr, Eintritt 5.- Euro (ermässigt 2,50 Euro)

Deutsche Kommunistische Partei Lahn/Dill. Partei Die Linke Lahn/Dill



Gegen die NATO-Konferenz in München

Großdemonstration:

Samstag, 1. Februar 2014,

13 Uhr, Marienplatz München

NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!



**JA zum Europa der Solidarität
und des Widerstands gegen die EU!**

Die Gießener DKP trauert um

Theo Rüspeler

20.10.1944 – 27.12.2013

Theo war stets ein aufrichtiger Vertreter seiner Klasse. Als freigestellter Betriebsrat bei Buderus setzte er sich für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen ein und erwarb sich dabei große Hochachtung. Als Verfechter der Einheitsgewerkschaft war er folgerichtig Mitglied der IG Metall, kandidierte wiederholt und erfolgreich auf deren Liste. Gerade sein Bekenntnis zur Gewerkschaft und sein Kampf um ihre Stärkung waren Grund für ihn, der jegliche Vorteilsnahme für sich persönlich ausschloss, Kritik an jenen Funktionären zu üben, die sich seiner Meinung nach nicht so verhielten. - Theo, der 1977 nach reiflicher Überlegung in die DKP eingetreten war, ist bis zu seinem Tod seiner Partei treu geblieben. Noch für die Dezember-Ausgabe des Gießener Echo schrieb er einen Artikel, in dem seine klare Haltung als Internationalist und eben Gewerkschafter noch einmal deutlich wurde.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten zu Beginn des Neuen Jahres daran erinnern, die Abo-Gebühren zu überweisen und gleichzeitig um weitere Spenden bitten. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70,

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

Revierpark Wischlingen



Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei
den 3 Schwätzern